

Klimakrise: Umweltorganisation fordert radikalen Subventionsabbau in Österreich!

WWF fordert beim NEKP eine ambitionierte Umsetzung durch die neue Bundesregierung zur Erreichung der Klimaziele in Österreich.

Wien, Österreich - Wien – Anlässlich der finalen Übermittlung des Nationalen Energie- und Klimaplanes (NEKP) fordert der WWF von der zukünftigen Bundesregierung eine zügige und konsequente Umsetzung der Klimaziele. WWF-Klimasprecher Reinhard Uhrig hebt hervor, dass durch einen Abbau umweltschädlicher Subventionen, die jährlich bis zu 5,7 Milliarden Euro erreichen können, eine Reduktion von zwei Millionen Tonnen Treibhausgasen pro Jahr möglich wäre. Dies umfasst unter anderem das umstrittene „Diesel-Privileg“, das fossile Energieträger begünstigt. Uhrig drängt auf entschlossene Maßnahmen im Rahmen der Regierungsverhandlungen zwischen ÖVP, SPÖ und NEOS und betont, dass der Abbau dieser Subventionen sowohl ökologische als auch finanzielle Vorteile mit sich bringe, wie **2400.at berichtet**.

Umfassende Wirkung klimaschädlicher Subventionen

Die Thematik ist nicht nur in Österreich von Bedeutung. In Deutschland lehnt die Umwelthilfe die geheime Behandlung einer Studie zu klimaschädlichen Subventionen durch die Bundesregierung ab. Laut Jürgen Resch, dem Geschäftsführer der Umwelthilfe, wurde die Studie absichtlich zurückgehalten, um der Ampelkoalition nicht zu schaden. Die Studie zeigt, dass

rund 35 Milliarden Euro jährlich in klimaschädliche Begünstigungen fließen, was zu einer Emission von 156 Millionen Tonnen CO₂ bis zum Jahr 2030 führt. Die teuersten Posten sind Steuervergünstigungen für PKWs, die allein im Jahr 2022 über 20 Milliarden Euro kosten, was auch einen direkten Einfluss auf die Klimaziele hat, wie **Zeit Online berichtet**.

Die Studie, die vom Freiburger Öko-Institut im Auftrag der Bundesregierung erarbeitet wurde, hält fest, dass ein Viertel der staatlichen Begünstigungen zusätzliche Emissionen verursacht. Eine konsequente Überprüfung und der mögliche Abbau dieser Subventionen könnten nicht nur zur finanziellen Entlastung des Staates führen, sondern auch den Übergang zu nachhaltiger Mobilität und Energie unterstützen. Da die Ampelregierung ihren eigenen Zielen hinterherhinkt, wird eine ernsthafte Auseinandersetzung mit dieser Problematik immer dringlicher.

Details	
Vorfall	Umwelt
Ursache	Abbau umweltschädlicher Subventionen
Ort	Wien, Österreich
Schaden in €	5700000000
Quellen	• www2.oekonews.at • www.zeit.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at